

PROTOKOLL

Sitzung des Beirats Mitte vom 07.03.2023

zum

Projektbüro Innenstadt – Koordination Innenstadtprojekte und Parkhaus Mitte

Anwesend

vom Beirat	Partei	Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt
MITTE		Hellena Hartung (Ortsamtsleitung)
Insa Drechsler-Konukiewitz	GRÜNE	Manuela Jagemann (Protokoll)
Jonas Friedrich		Henrike Neuenfeldt
Joachim Musch		
Astrid Selle		
Waltraut Steimke		
Ingrid Kreiser-Saunders	CDU	Gäste
Dirk Paulmann		Carl Zillich, Innenstadtbüro
Jörn Hendrichs	SPD	Jan Casper-Damberg, Innenstadtbüro
Birgit Olbrich		

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Tagesordnung:

1. **Genehmigung der Tagesordnung**
2. **Projektbüro Innenstadt – Koordination Innenstadtprojekte und Parkhaus Mitte**
3. **Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**
4. **Verschiedenes**

Hellena Hartung begrüßt die anwesenden Gäste und den Beirat und stellt die Tagesordnung vor.

1. **Genehmigung der Tagesordnung**
Genehmigt

Frau Hartung begrüßt die Gäste und führt in das Thema des Abends ein. Herr Zillich und Herr Casper-Damberg werden heute Abend einen Überblick geben über den Sachstand zu den vielen verschiedenen Projekten zur Innenstadtentwicklung und insbesondere den aktuellen Planungsstand zum Parkhaus Mitte vorstellen.

2. **Koordination Innenstadtprojekte und Parkhaus Mitte**

Herr Zillich erläutert noch einmal die Funktion des Innenstadtbüros im Gefüge der städtischen Verwaltung. Das Projektbüro stellt die Verbindungsstelle dar zwischen dem Senat, den verschiedenen Ressorts mit angeschlossenen Institutionen und den Gremien in der Stadtgesellschaft. Bei der Betreuung der Vielzahl an gleichzeitig laufenden Projekten sei das Projektbüro zuständig für Koordination und Mediation zwischen den Beteiligten. Aktuelle laufende Projekte seien derzeit z. B. der Domshof mit der anstehenden Ausschreibung des Wettbewerbs für eine Umgestaltung im Sinne einer Attraktivitätssteigerung und den Plänen für einen Umbau der Bunker unter dem Domshof zu einem großen Fahrradparkhaus. Ein weiteres Projekt betreffe den so genannten Wall-Boulevard mit dem Ausbau der Fahrradpremiumroute einerseits und dem Ausbau der Kreuzungen und Nebenanlagen für eine Aufwertung des Straßenzuges. In Zusammenarbeit mit dem Senator für Kultur kümmere man sich um den Theaterberg in den Wallanlagen, wofür derzeit ein Werkstattverfahren aufgesetzt werde. Außerdem sei man involviert in die Diskussion zur Lage der Straßenbahn in der Innenstadt. Hier sei eine Machbarkeitsstudie in Vorbereitung.

Sodann erläutert er das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ (ZIZ), ein Programm zur Förderung der Stadtzentren mit Bundesmitteln. Hier gelte es, die Ressorts Wirtschaft, Mobilität und Bau sowie Wissenschaft und Häfen und die Senatskanzlei zu koordinieren. Das Programm habe zum Ziel den Einzelhandel und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum auch im

PROTOKOLL

Sinne einer Klimaanpassung zu fördern. Die Bevölkerung werde dabei mit Hilfe eines Bürger:innen-Rates eingebunden. Aus den 6,5 Mio. Bundesmitteln würden Machbarkeitsstudien, Pilotvorhaben, Ausschreibungen sowie der Aufbau von Arbeitsstrukturen gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt liege auf dem Projekt „Klimaangepasste Stadt“ („Schwammstadt“). Hier ginge es darum, ein Handlungskonzept zu entwickeln und die besonders betroffenen Räume zu identifizieren. Dafür stünden für die Jahre 2024 und 2025 insgesamt 900.000 € für die Umsetzung von Pilotprojekten zur Verfügung. Dazu sei eine Bürger:innen-Beteiligung geplant und man arbeite mit einem Planungsbüro und dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) zusammen.

Ein weiteres Programm habe die Bezeichnung „Universität im Zentrum“. Ein erster Schritt sei hier mit der Ansiedelung der Fakultät der Rechtswissenschaften im ehemaligen Bremer Landesbank Gebäude am Domshof angestoßen worden. Bei diesem Projekt gehe es um Strategiestudien und Standortidentifizierung, auch im Sinne von möglichen Nebennutzungen anderer Standorte. Für größere Gebäude seien Machbarkeitsstudien erforderlich, insbesondere auch bei der Suche nach einem Standort für einen angemessenen Hörsaal in der Innenstadt.

Dann stehe als zentrales Thema die Transformation der Parkhäuser an. Man sei für das Parkhaus Katharinen-Klosterhof schon bei der Vorbereitung eines Ideenwettbewerbs für mögliche Nutzungen und einer Prüfung der baulichen Strukturen. Die Projekte sollten in Dialog-Foren öffentlich der Stadtgesellschaft vorgestellt werden. Dabei sei Raum für Diskussionen im Rahmen kleinerer Konferenzen geplant und als Ergänzung der Blick von außen durch externe Expert:innen.

Herr Casper-Damberg stellt ein weiteres Projekt vor. Es gehe darum, neue Nutzungskonzepte für die großen Flachdächer in der Innenstadt zu entwickeln. Für bauliche Maßnahmen stünden 900.000 € und für Machbarkeitsstudien und Kartierung 225.000 € zur Verfügung. Man stelle sich Nutzungen durch Kitas, für Sport und Kultur oder auch Dachbegrünung und Lebensmittelproduktion vor. Da es jedoch in der Innenstadt nur sehr wenig öffentliches Eigentum gebe, müssten Anreize für die privaten Eigentümer geschaffen werden.

Weitere Themen seien der Anstoß von Nutzungskonzepten gegen Leerstand im Gewerbe. Als Beispiel nennt Herr Casper-Damberg ein Programm für die Carl-Ronning-Straße mit der Bezeichnung „City-Space“, das durch die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) gefördert würde. Man denke an Umnutzungen durch Handwerk, Kunst und Kultur von acht oder neun leerstehenden Ladengeschäften. Der Anreiz solle über Mietreduzierungen geschaffen werden. In diesem Sinne sei auch die Aktivierung der Nebenstraßen geplant. Eine Potentialanalyse solle geeignete Straßen identifizieren und Entwürfe für eine Umgestaltung erarbeiten. Vorangestellt werde eine Potentialanalyse: Welche Straßen eigneten sich? Wie könne eine Umbaugestaltung aussehen?

Ein weiteres großes Projekt stelle der so genannte Bürger:innen-Rat dar. Dabei handele es sich um ein neues Format der Bürger:innenbeteiligung in Mitverantwortung. Das Panel würde über eine aufsuchende Zufallsauswahl generiert. Es sei an 30 Teilnehmer:innen gedacht, die über einen Zeitraum von 1 ½ Jahren Lösungsvorschläge entwickeln und Empfehlungen erarbeiten sollten. Die erforderliche Grundlage sollte durch Expert:innen-Input geschaffen werden. Als mögliches Thema werde an die „Klimaangepasste Stadt“ gedacht.

Dazu gibt es eine Nachfrage aus dem Beirat. Herr Paulmann erkundigt sich nach der demokratischen Legitimation dieser Bürger:innen-Räte.

AW: Herr Casper-Damberg und Herr Zilllich erläutern dazu, dass die Entscheidungen weiterhin durch die gewählten Vertreter:innen getroffen würden. Der Bürger:innen-Rat solle nur Empfehlungen erarbeiten.

Man kommt nun zum nächsten Thema des Abends. Der aktuelle Sachstand zur weiteren Umgang mit dem Parkhaus Mitte wird vorgetragen:

- Das Gebäude und Grundstück wurde von der Stadt an die stadteigene Baugesellschaft BreBau veräußert. Da die Stadt nicht als Immobilienentwicklerin auftreten könne – da gebe es

PROTOKOLL

Probleme mit dem Beihilferecht – müsse die BreBau als Kapitalgesellschaft diese Aufgabe übernehmen.

- Am Verfahren sei der Denkmalschutz beteiligt.
- Bestandteil des Gesamtkonzeptes sei eine Erweiterung der Fußgängerzone um Rundläufe zu ermöglichen.
- Man sei dabei, einen Realisierungswettbewerb vorzubereiten.
- Verbunden damit sei eine Einladung an die Eigner der Nachbarimmobilien, sich aktiv an den Planungen zu beteiligen.

Ein weiteres Innenstadtprojekt sei die Belebung des Bereichs Papenstraße – Pieperstraße mit den Marktpavillons. Die Wirtschaftsförderung Bremen sei im Moment damit beauftragt, hier Potentiale zu prüfen.

Die Kommunikation des Projektbüros mit der Öffentlichkeit erfolge anlassbezogen und über mehrere Wege: Über

- die Homepage des Projektbüros
- die Presse
- die Dialog-Foren
- den neuen Bürger:innen-Rat.

Zudem solle das Format „Innenstadt-Gipfel“ weiterentwickelt werden.

Nachfragen / Anmerkungen

- Der Beiratssprecher Herr Friedrich bezieht sich auf die Nachfrage von Herr Paulmann zu der demokratischen Legitimation der Bürger:innen-Räte. Er erläutert noch einmal, dass die Bürger:innen-Räte keineswegs einen Ersatz für politische Gremien darstellen würden, sondern eine ergänzende Funktion hätten, da sie nur Empfehlungen aussprechen. Er sehe eher in der „Rekrutierung“ das Problem
- Frau Steimke aus dem Beirat hat eine Anmerkung zum Instrument der Machbarkeitsstudie. Schon oft seien dem Beirat Ergebnisse von Machbarkeitsstudien vorgelegt worden, aus denen nichts weiter hervorgegangen sei. Die Themen würden dann einfach nicht weiterverfolgt. Wo sei die Rolle der Beiräte bei den vom Projektbüro vorgestellten Projekten zu sehen? Wie würden diese eingebunden?

Herr Zillich antwortet: Die Machbarkeitsstudien dienen der Entscheidungsfindung. Bei allen Projekten sei immer die Finanzierung durch den Haushalt ein wichtiges Thema. Es gelte immer noch die Schuldenbremse. Von den Bürger:innen-Räten verspreche man sich wichtigen Input. Aber auch die Beiräte könnten sich immer einbringen. Für die Einrichtung eines Uni-Standortes in der Innenstadt sei man jetzt weiter – es sei eine Standortentscheidung gefallen. Man sei aber auf der Suche nach weiteren passenden Immobilien für eine Uni-Nutzung sowie bestrebt, Begleitnutzungen wie Gastronomie und Einzelhandel zu etablieren. Die Teilnehmer:innen des Bürger:innen-Rates erhielten eine Aufwandsentschädigung, es werde auch an Kinderbetreuung gedacht und man erstelle eine Nachrückerliste. Insgesamt würden dafür 250.000 € veranschlagt.

Es folgt eine freie Diskussion, inwieweit die Bürger:innen-Räte zu den Beiräten in Konkurrenz treten würden. Die Funktion, die die Bürger:innen-Räte übernehmen sollten, sei eigentlich klassisch den Beiräten zugeschrieben. Nur dass diese ehrenamtlich tätig würden, am Abend nach eigenen beruflichen Pflichten und ohne Aufwandsentschädigung und Kinderbetreuung oder speziellen Input durch Experten. Beiräte müssten sich selber in die vielfältigen Themen der Ortspolitik einarbeiten, was zum Teil Jahre an Erfahrung brauche.

- Frau Bruns meldet sich zu Wort, sie sei engagiert im Bremer Frauenmuseum und könne den Unmut der Beiräte in Bezug auf die neuen Bürger:innen-Foren gut verstehen. Gleichzeitig falle ihr ein Mangel an dem vorgestellten Konzept auf: Wo denn die Kinder berücksichtigt seien in der Stadt? Der ganze Vortrag zeige eine Stadt in der Krise. Die einzelnen Projekte müssten eng verzahnt mit der Stadtgesellschaft geplant werden. Entwicklungen müssten schneller und flexibel angepasst werden.

PROTOKOLL

Herr Zillich beantwortet die Frage nach der Sichtbarkeit der Kinder in den Projekten, dass zwei bis drei zusätzliche Kinderspielplätze in der Planung seien und man das Gespräch suche mit Jugendvertreter:innen.

- Der Sprecher des Fachausschusses für Bau, Mobilität und Verkehr Herr Musch konkretisiert die Wünsche des Beirats. Man müsse endlich die Umsetzungsphase einleiten. Planung sei das einzige Instrument, das der Stadt zur Verfügung stünde. So habe die Stadtplanung 2016 den Bebauungsplan 2420 auf den Weg gebracht, der Wohnen in der Innenstadt fördern sollte. Dieses Instrument tauche in dem vorgestellten Konzept jedoch überhaupt nicht auf. Die Förderung von Wohnen, der Aufenthaltsqualität, von Kultur und kleinteiligem Handel seien sehr alte Forderungen des Beirats, die schon Bestandteil mehrere Beschlüsse seien. Zu den Plänen von dem Großinvestor Zech sagt Herr Musch, dass man in all den Jahren nicht einen konkreten Plan gesehen habe. Die Vorschläge der Beiräte seien nicht aufgegriffen worden und auch die Umgestaltung der Martinstraße habe man nicht zu Ende geführt.
Herr Zillich antwortet, dass das Projektbüro angesiedelt sei zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Man sei immer nur mittelbar betroffen und liefere Entscheidungshilfen für die Politik. Zur besseren Einbindung der Beiräte schlägt er einen gemeinsamen Workshop vor. Sodann erwähnt er noch, dass der Planaufstellungsbeschluss für die Umgestaltung des Parkhauses Mitte nun stehe.
- Frau Olbrich, Sprecherin des Stadtentwicklungsausschusses des Beirats, ergänzt die Stellungnahme von Herrn Musch. Die zukunftsgerichteten Forderungen des Beirats würden nicht ernst genommen. Man müsse im Vorfeld darauf achten, die Studien auf Handlungsebene zu konzipieren. Auch könne man politische Instrumente wie Verbote, Förderung etc. nutzen, zum Beispiel durch Auflagen. Die BreBau als Träger biete die Chance auf Einflussnahme. Aber wie solle die Verschneidung der verschiedenen Themenbereiche erfolgen?
- Herr Paulmann vom Beirat wirft ein, dass das Problem der mangelnden Berücksichtigung von Kindern nicht verstanden worden sei. Ansonsten habe er nichts wesentlich Neues gehört.
Herr Zillich erwidert, dass er als „Kümmerer“ versuche, kleinere Projekte aufzusetzen.
- Frau Olbrich fragt erneut nach der Beteiligung des Beirats. Die habe sie auf den gezeigten Folien vermisst.
- Frau Bruns ergänzt, der Beirat sei Potential und Bereicherung.
- Herr Musch erläutert, es gehe nicht darum, Personen anzugreifen. Er erkenne im Gegenteil an, dass es sehr mutig sei, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft zu einer besseren Kooperation zu bewegen. Es gehe aber darum Strukturen zu schaffen und bestehende Planungsinstrumente zu nutzen. Der Bebauungsplan sei so ein Instrument, aus dem Ansprüche hergeleitet werden könnten.
Herr Zillich sagt dazu, dass ein großer Masterplan keine Lösung sei.
- Herr Musch entgegnet, dass ein Bebauungsplan ein Angebotsplan sei. Aber zum Beispiel sei trotz alledem bei den neuen Gebäuden, die Herr Jacobs derzeit plane, kein Wohnen vorgesehen. Auch eine langjährige Forderung des Beirats, ein Kataster zu erstellen, in dem alle Hotels, Bordingerhäuser etc. für den Bereich Innenstadt und insbesondere der Bahnhofsvorstadt enthalten seien, werde seit Jahren nicht erfüllt.
- Herr Friedrich fragt noch einmal nach zu den Plänen zur Umnutzung des Parkhauses Mitte und der Wegebeziehungen drum herum.
Herr Zillich führt aus, es sei daran gedacht, das Panoramadeck auf dem Gebäude Galeria Kaufhof aufzustocken. Derzeit gebe es einen Mietvertrag von der BrePark mit der Eigentümergesellschaft DIC. Es gebe jedoch keine Eintragung im Grundbuch für DIC, die eine weitere Nutzung des Parkdecks garantiere. Das sei eine relativ neue Erkenntnis. Damit stelle sich nur noch die Frage nach Ablösung von Stellplätzen, die über die Nutzung der Parkflächen des Parkhauses Mitte abgesichert seien. Das müsse rechtlich noch geprüft werden. Mit der DIC sei man zudem in Gesprächen zur Freilegung von Wegeflächen.
- Eine weitere Nachfrage zum Sachstand Lloydpassage?
Herr Zillich antwortet, dass die Lloydpassage von der City-Initiative verwaltet werde für die Anliegergemeinschaft, u. a. für DIC. Ein Wettbewerb solle Aufschluss geben über mögliche neue Nutzungen.
- Herr Musch weist darauf hin, dass die alten Wegebeziehungen bereits im Rahmen der Angari-Planung vor einigen Jahren untersucht worden seien.

PROTOKOLL

- Frau Olbrich bittet erneut darum, die Ausschreibungen für Machbarkeitsstudien konkret zu fassen, damit eine Chance auf Umsetzung bestehe. Außerdem sollten etwaige Förderprogramme mitgedacht werden.
Herr Zillich entgegnet, dass es Bundesmittel gebe, die dafür aufgelegt würden.
- Frau Steimke aus dem Beirat regt eine Machbarkeitsstudie an, die die Möglichkeit der Förderung von diversem Wohnen untersuchen solle.
- Herr Musch erklärt, dass Ideen für die Umnutzung von Gebäuden immer die Unterstützung des Beirats finden würden.
- Herr Friedrich stellt den Beiratsbeschluss zum Parkhaus Mitte vor: Der Beirat fordere
 - einen öffentlichen Wettbewerb
 - die Wiederherstellung alter Wegebeziehungen (Untersuchung im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans 2420)
 - mindestens 1/3 Wohnnutzung
 - Effizienz und Nachhaltigkeit sowie geringe Betriebskosten sichern
 - Umnutzung des Bestandsgebäudes
 - Umsetzungsfähigkeit als wesentliche Prämisse für alle Projekte im Rahmen der ZIZ (Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren)
 - Schaffung eines Hörsaals für den neuen Unistandort in der Innenstadt

Ergänzend wird auf den Beiratsbeschluss vom 25.05.2020 zum Bebauungsplan 2420 verwiesen.

Die Erörterung ergibt, dass folgende Punkte den vorgestellten Beschluss ergänzen sollen:

- Die Forderung nach Beiratsbeteiligung bei der Planung
- Die Berücksichtigung der Beiratsbeschlüsse bei der Umsetzung
- Die Berücksichtigung konkreter Ergebnisse bei der Konzeption der Machbarkeitsstudie
- Der Punkt „Wegebeziehungen“ sollte dahingehend überarbeitet werden, dass neben dem Radverkehr auch der fußläufige Verkehr mitgedacht werde.

3. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

keine

4. Verschiedenes

entfällt

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Vorsitz

Hellena Harttung

Sprecher Beirat Mitte

Jonas Friedrich

Protokoll

Manuela Jagemann